

Kommentare. Berichte. Analysen.

BDS.

www.bds-dgv.de

Juli/August 2016

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



PORTRÄT MUT ZUR EIGENEN COURAGE

Veronika Bellmann:
Unbequeme Ansichten
kompromisslos formulieren
Seite 12



BDS-Regional
**EINSTIEG IN DIE
DIGITALE WELT**
Günther Oettingers
Festrede auf dem
Mannheimer Maimarkt
Seite 19



Flanke nach rechts schließen

Ex-Innenminister Hans-Peter Friedrich über die Prinzipien
einer freiheitlichen, demokratischen und christlichen Politik

BranchenLösungen leben.



Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sind Sie Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sind Sie Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.

Hoffentlich Allianz versichert.

Allianz 



Alle Vorteile unter: business.allianz.de



von BDS-Präsident Günther Hieber

Dringend gesucht: ein Tipp zu TTIP

Wieder einmal hat ein „leak“ dazu geführt, dass die ach so streng abgeschirmten Vertragsinhalte, die zum Abschluss des TTIP (Transatlantic Trade and Investment Program) führen sollen, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Was war das für eine Aufregung! Dürfen Bundestagsabgeordnete in die Vertragsunterlagen Einblick nehmen, unter welchen Umständen, unter dem strengsten Siegel der Verschwiegenheit, quasi unter Wahrung des Beichtgeheimnisses? Und dann wird der Geheimniskram auch noch veröffentlicht. Ist das nicht herrlich?! Sind wir wirklich so unmündig, dass Berufspolitiker sich anmaßen können, wissen zu wollen, was für uns – das gemeine Volk – gut ist und uns dann möglichst aus dem Entscheidungsprozess herauszuhalten? Die Zeiten der Geheimdiplomatie sind doch längst vorbei.

Der BDS sieht sich in der Tradition und im Gedankengut eines Friedrich List, jenem großen deutschen Nationalökonom, durch dessen Wirken 1834 die deutsche Zollunion zustande kam. Sie bewirkte, dass die Zoll- und Handelshemmnisse zwischen der Vielzahl der deutschen Einzelstaaten beseitigt wurden. An dieser Auffassung hält der BDS auch heute noch fest, wenn es gilt, in einer immer kleiner werdenden Welt Handelshemmnisse abzubauen. Insoweit ist ein Freihandelsabkommen stets begrüßenswert. Was ist aber der besondere und deshalb geheim zu haltende Regelungsinhalt in TTIP, den wir nicht kennen sollen? Zuerst einmal ist festzustellen, dass die Verhandlungspositionen in wichtigen Fragen weit auseinander liegen. In den Verhandlungspapieren stehen mehr ungeklärte, noch nicht in beiderseitigem Einverständnis erledigte Positionen nebeneinander (in eckige Klammern gesetzt) als vereinbarte Regelungen. Besonders strittig sind die Auffassungen zur Ausgestaltung des Verbraucherschutzes und zur Klärung von Streitigkeiten durch eine private Schiedsgerichtsklausel. Im europäischen Recht wird der Verbraucherschutz durch das Vorsorge-

prinzip dominiert. Dieses besagt, dass ein Produkt bereits beim Verdacht der Gesundheitsgefährdung verboten werden kann. Nach amerikanischem Recht kann dies erst dann erfolgen, wenn der Verdacht wissenschaftlich bewiesen wurde. Die Konsequenz wäre, dass alle amerikanischen Produkte, die bislang nach europäischem Recht keine Verkaufszulassung bekämen, da sie zum Beispiel gentechnisch beeinflusst sind, auf dem europäischen Markt zugelassen werden müssten, weil bislang noch kein eindeutiger wissenschaftlicher Negativbeweis geführt werden konnte. Das europäische Verdachtsprinzip wäre damit hinfällig, denn kein Staat könnte es sich ohne kalkulierbares finanzielles Risiko erlauben, einen Rechtsstreit mit amerikanischen Herstellern zu führen. Dies führt uns sogleich zu der weiteren Rechtsfrage, ob Streitigkeiten aus diesem Abkommen der jeweiligen Gerichtsbarkeit, also der Jurisdiktion als dritter Säule unserer Demokratie neben Legislative und Exekutive entzogen sein sollen und einer privaten Schiedsgerichtsbarkeit zugewiesen werden.

Rechtsstaatliches Dreisäulenprinzip

Ich darf daran erinnern, dass auch in Deutschland in der Zivilprozessordnung (ZPO) die Vereinbarung von Schiedsgerichten neben der ordentlichen Gerichtsbarkeit zulässig ist und damit kein Teufelszeug an sich darstellt. Es beschleicht mich aber bei der Größe der im Raume stehenden Auswirkungen ein mulmiges Gefühl, wenn Rechtsfragen durch die Einschaltung von international agierenden Großkanzleien geregelt werden sollen. Ich bin der Ansicht, dass unabhängige Gerichte mit vereidigten Richtern eher dem rechtsstaatlichen Dreisäulenprinzip entsprechen. Dies wäre auch ein Ausdruck gegenseitigen Vertrauens in die Rechtsstaatlichkeit des jeweiligen Vertragspartners. Welche Auswirkungen solche Schiedsklauseln haben können, zeigt ein momentan in den USA anhängiges Verfahren mit einem Streitwert von 14 Mrd. Euro über die Versagung

von Schürfrechten. Verklagt wurde Kolumbien, weil es den amerikanischen Konzernen keine Abbaugenehmigung erteilte und durch die kolumbianischen Umweltstandards diesen Konzernen angeblich künftige Gewinne entgehen würden (Quelle: Focus online 25.4.2016). Eine Auswirkung von TTIP wäre, dass künftige europäische Regelungen, soweit sie Effekte für den Handel oder das Investment hätten oder sich geschäftlich nachteilig auswirken könnten, vor ein Schiedsgericht gezerrt würden. Wenn in Vertragsverhandlungen die jeweiligen Vertragspartner Positionen einführen, die teils Drohkarakter haben oder Annehmlichkeiten anbieten, so ist dies in einem Vertragspoker durchaus legitim. Dies ist nichts anderes als der altrömische Grundsatz „do ut des“: „ich gebe, damit du gibst.“ Erkennbar wird dies durch Äußerungen der amerikanischen Verhandlungspartner, wonach ein Fortschritt bei der Zulassung europäischer Autoteile nur möglich wäre, wenn sich die EU bei der Agrarpolitik bewegt. Auch im Bereich des öffentlichen Beschaffungsmarktes stellt sich das bisherige Angebot der USA momentan mehr als eine Einbahnstraße dar, als dass es europäischen Dienstleistern die Öffnung für den amerikanischen Markt ermöglichen würde. Hinsichtlich des Handlungsspielraums europäischer Kommunen könnten sich jedoch erhebliche Einschränkungen ergeben, zum Beispiel bei der Daseinsvorsorge, im landwirtschaftlichen Bereich, bei der Genfreiheit oder bei der Vergabeverordnung mit Schutzklauseln zugunsten kleinerer Kommunen. Sie sehen an diesen von mir skizzierten Problemfeldern, dass, meines Erachtens, ein rascher Verhandlungserfolg eher unwahrscheinlich ist. Dies ist kein Beinbruch. Bislang hat sich die Welt weiter gedreht und sie wird sich mit oder ohne TTIP weiter drehen. Selbst wenn es weitere drei Jahre dauert, ist mir ein gutes und zweifelsfreies Regelwerk lieber, als ein Freihandelsabkommen, das zu viele Zweifelsfragen und Auslegungsmöglichkeiten offenlässt. Dies wäre mein Tipp zu TTIP. ■

Die Kritik an der Politik der Bundesregierung wird immer heftiger

Im Stimmungstief

Eine Analyse von Staatssekretär a. D. Friedhelm Ost

Die Stimmung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sei noch nie so schlecht gewesen wie in der jüngsten Zeit. So lauten die Kommentare der meisten Abgeordneten der Union. Daheim in ihren Wahlkreisen jubelt ihnen kaum noch jemand zu.

Vielmehr wird die Kritik an der Politik der Bundesregierung immer heftiger. Den permanenten Streit zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU empfinden viele Unionschristen als wenig erfreulich. Die präsidiale Art, mit der die Bundeskanzlerin politische Entscheidungen ihrer Fraktion verkündet, trägt auch nicht zur Steigerung des Selbstwertgefühls der Abgeordneten bei. Selbst zuvor erhobene Einwände des Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder werden von Angela Merkel kaum zur Kenntnis genommen – wie etwa jüngst bei der beschlossenen Subventionierung von Elektro-Autos.

Die Parlamentarier der Union tun sich immer schwerer, die im Kanzleramt und in der Koalitionsrunde gefassten einsamen Beschlüsse einfach so zu schlucken und dann gegenüber der Öffentlichkeit, vor allem gegenüber den Wählern, offensiv zu vertreten und mit Begeisterung zu erklären.

CDU-Rutsch unter 30 Prozent

Noch sind es mehr als 15 Monate bis zur nächsten Bundestagswahl. Doch die demoskopischen Befunde signalisieren aktuell wenig Erfreuliches für die CDU. Lediglich in Bayern hält sich die CSU mit Umfrageergebnissen zwischen 46 und 48 Prozent recht gut, wäh-

rend die CDU allein deutlich unter 30 Prozent gefallen ist. Die drei Landtagswahlen am 13. März waren allesamt gefühlte Niederlagen: In Sachsen-Anhalt blieb der CDU zwar der Ministerpräsident Haseloff erhalten, doch musste eine Dreierkoalition her, um auf eine Mehrheit zu kommen. In Rheinland-Pfalz wurde die große CDU-Hoffnung mit Julia Klöckner mehr als bitter enttäuscht. Ihre Niederlage konnte nicht allein auf ihre äußere Präsentation mit „mehr Paris als Pirmasens“ oder ihrem Flüchtlingsplan A2 zurückgeführt werden.

Vielmehr waren es wohl zahlreiche bundespolitische Faktoren, die ihr den so sicher geglaubten Sieg vermatschten. Ähnliches gilt auch für Baden-Württemberg, wo es im ehemaligen Stammland der Union nur für den zweiten Platz reichte. Junior-Partner in einer Koalition unter einer Grünen-Führung zu sein, das muss die CDU im Südwesten erst noch verkraften, zumal so profilierte Bundespolitiker wie Wolfgang Schäuble und Volker Kauder aus der Region kommen.

Friedhelm Ost

leitete die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde.

Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.

Der organisierte Jubel für die zahlreichen Wahlkampf-Auftritte der Bundeskanzlerin in den drei Ländern hat für die meisten CDU-Anhänger nur noch einen schalen Nachgeschmack.

Keine rosigen Aussichten

Die Perspektiven für die im September stattfindenden Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sind für die CDU keineswegs rosig. Von euphorischen Erwartungen sind dort die Unionschristen um Lichtjahre entfernt. In aktuellen Umfragen kommt die CDU in Merkmals Stammland Mecklenburg-Vorpommern knapp über die 20 Prozent-Marke, in Berlin eher darunter. Auch für Nordrhein-Westfalen, wo im Mai 2017 der Landtag neu gewählt und von wo das wichtigste bundespolitische Signal ausgehen wird, steht die Union mit Armin Laschet an der Spitze trotz aller Schwächen der rot-grünen Koalition von Hannelore Kraft alles andere als stark da.

Als Erfolg an Rhein und Ruhr würde die NRW-CDU be-

reits ihre Beteiligung an einer Großen Koalition werten. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und im Saarland, die 2017 anstehen, kann die CDU ebenfalls nicht auf große Siege hoffen. An der Saar genießt die CDU-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer immerhin ein hohes Ansehen, in Schleswig-Holstein droht der Union mangels profilierter Kandidaten eher „Land unter“.

CDU-Führung ohne klaren Kurs

Was landauf, landab in der Partei registriert wird, das sind Defizite der CDU: Es fehlen begeisterte Anhänger, überzeugte „Kämpfer“ an der Basis, engagierte Mitglieder sowie vielfach auch mitreißende Parteifunktionäre und dynamische Mandatsträger. Angela Merkel steht für die meisten CDU-Mitglieder zwar immer noch als erfolgreiche Regierungschefin, doch weniger für eine motivierende, innovative und begeisternde Führerin ihrer Partei. In der Großen Koalition scheint der klare politische CDU-Kurs immer mehr verloren zu gehen. Viele Unionschristen finden die Kompromisse auf den Politikfeldern allzu sehr sozialdemokratisch eingefärbt. Immer weniger erkennen, wofür die CDU noch steht und für welche politischen Ziele die Partei Flagge zeigt.

Mehr Sekretär denn General

Hinzu kommt, dass die Führungsetage der Bundes-CDU mit dem Generalsekretär Tauber an der Spitze allzu schwach agiert. Die Nutzung



der neuen sozialen Medien für die Kommunikation ist dessen Steckenpferd, doch es fehlen Botschaften mit Inhalten, Kampfeslust, wie sie einst Heiner Geißler als Generalsekretär bewies und Zukunftsentwürfe mit Phantasie, wie sie sein Vorgänger Kurt Biedenkopf präsentierte: Wen wundert's da, dass einige CDU-Granden bissig feststellen: Tauber ist eben die Steigerung von taub. Allerdings ist der jetzige Generalsekretär ein für Angela Merkel bequemer Sekretär, aber weniger General, der sich lieber im Elfenbeinturm des Adenauer-Hauses als in den Niederungen der Stadt-

und Kreisverbände aufhält, der eher autistisch denn dialog- und diskussionsfreudig wirkt.

Berliner Kreis rüttelt auf

Beachtlich ist da die vor wenigen Tagen veröffentlichte Erklärung des Berliner Kreises, zu dem nicht weniger als 16 CDU-Mitglieder des Bundestages und der ehemalige erfahrene CDU-Politiker aus Hessen, Christian Wagner, zählen. Sie sind mutig genug, die Probleme der Partei deutlich zu diagnostizieren und konkrete Vorschläge zu machen. Der Berliner Kreis, der zahlreiche Sympathisanten in der Union hat, mahnt nachdrücklich „die

programmatische Erkennbarkeit“ an und fordert, die CDU wieder als die „Volkspartei der Mitte“ mit den christlich-sozialen, liberalen und wertkonservativen Elementen zu stärken.

Tiefe Sorgen sprechen aus der Erklärung des Berliner Kreises, die deutlich Gründe dafür nennt, dass beachtliche Teile der Wählerschaft von der einst so starken Unions-Mitte wegbrechen: „Von allen Parteien hat die CDU am meisten Wähler an die AfD verloren. Der zweitgrößte Anteil der AfD-Wähler kommt aus dem Lager der Nichtwähler, von denen zuvor viele die Union gewählt hatten.“ Und in Richtung der Füh-

rung der Bundes-CDU fordern die Unionsprotagonisten, die Grundsätze christlich-demokratischer Programmatik in ihrer Politik wieder sichtbar zu machen und die Mitte am rechten Rand nicht weiter ausfransen zu lassen. Dabei sollten „unsere Wähler auf der Grundlage einer erkennbaren christlichen Orientierung mit Botschaften zur Leitkultur, zur Bedeutung von Verantwortung und Freiheit, zur Sozialen Marktwirtschaft, zur inneren Sicherheit, zur Familie, zum Lebensschutz und zum Patriotismus“ angesprochen werden, so heißt es in der Erklärung des Berliner Kreises. ■

eset[®] WARUM ESET?

Nicht nur das K6 Medien Team setzt auf ESET-Software, sondern weltweit mehr als 100 Millionen zufriedene Kunden. Seit über 27 Jahren sorgt die Technologie von ESET für eine sichere digitale Welt. Die Technologie von ESET ist mit 58 Auszeichnungen Rekordhalter bei den begehrten VB100 awards.

Darüber hinaus bieten die ESET-Spezialisten kostenlosen Support.

Dies alles für alle gängigen Systeme wie Windows, MAC OS X, Linux oder Android. Als Einzelversion oder als Paket mit bis zu 5 Plätzen und bei Bedarf sogar darüber hinaus.

- ✓ Antivirus/Antispyware
- ✓ Optimiert für virtuelle Umgebungen
- ✓ Anti-Phishing
- ✓ Web-Kontrolle
- ✓ Zwei-Wege-Firewall
- ✓ Botnet-Erkennung
- ✓ Anti-Spam
- ✓ Zentrale Verwaltung

Fragen Sie nach einem auf Sie speziell zugeschnittenen Sicherheitspaket! Gerne beraten wir Sie - Ihr K6 Medien Team!

Exklusiv
für BDS Mitglieder
10%
Vergünstigung auf
ESET-Software



(0231) 33874133
(0231) 33896183
info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224
Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband
Hrsg: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggemann, Anita Schäfer
Fotos: BDS/Archiv, David Ausserhofer

Layout & © Titel: Joachim Schäfer
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

Bezugsbedingungen:
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.
© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.
Briefe und Manuskripte an:

Bundesverband der Selbständigen – Reinhardstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.



Fotos: David Ausserhofer, Berlin

Hans-Peter Friedrich gehört zu den politischen Schwergewichten in der Bundeshauptstadt. Der promovierte Jurist und studierte Wirtschaftswissenschaftler hat das politische Einmaleins von der Pike auf gelernt. Als persönlicher Referent (1993 – 1998) des damaligen Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Michael Glos, galt Friedrich innerhalb der Unionsfraktion als anerkannter Experte für die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft sowie Post und Telekommunikation, sodass er nach seiner Wahl in den Deutschen Bundestag (1998) in den Ausschuss für Arbeit und Soziales delegiert wurde. Seine weiteren Stationen auf der politischen Karriereleiter: von 2005 bis 2009 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und zuständig für die Bereiche Verkehr, Bau, Stadtentwicklung, Tourismus sowie Kommunalpolitik; von 2009 bis 2011 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag; von 2011 bis 2013 Bundesminister des Innern und von Dezember 2013 bis Februar 2014 Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Im Zuge staatsanwaltlicher Ermittlungen gegen den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy wurde bekannt, dass Hans-Peter Friedrich in seiner Funktion als Bundesinnenminister den SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel über die laufenden Ermittlungen gegen Edathy informiert hatte. Aufgrund des – wie er es formulierte – gewachsenen Drucks trat Hans-Peter Friedrich am 14. Februar 2014 vom Amt des Bundeslandwirtschaftsministers zurück. Nach wie vor ist Hans-Peter Friedrich der tiefen Überzeugung, dass er seinerzeit politisch und rechtlich richtig gehandelt hatte, als er den SPD-Vorsitzenden über die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Edathy informierte. Friedrichs Haltung wird von namhaften Staatsrechtswissenschaftlern gestützt. So zum Beispiel durch Joachim Wieland.

Nach seinem Rücktritt als Landwirtschaftsminister ist Friedrich erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt worden.

In der Flüchtlingspolitik und beim Euro-Rettungsschirm nimmt Friedrich eine Position ein, die deutlich vom Kurs der Bundeskanzlerin abweicht. In einem Tweet bezeichnete Hans-Peter Friedrich die Flüchtlingspolitik als verfehlt. Zudem führe CDU-Chefin Angela Merkel ihre Partei viel zu weit nach links.

In einem Gespräch mit den BDS-Vertretern Hans-Peter Murmann und Joachim Schäfer begründete Dr. Friedrich seine kritische Haltung gegenüber der Bundesregierung und nahm Stellung zu der Frage, ob über eine Million Flüchtlinge kulturell zu integrieren sind.

Flanke nach rechts schließen

Ex-Innenminister **Hans-Peter Friedrich** über die Prinzipien einer freiheitlichen, demokratischen und christlichen Politik



? Der Berliner Kreis um Christean Wagner, ein Zusammenschluss konservativer und wirtschaftsliberaler Unionspolitiker, hat Merkels Flüchtlingskurs in einem Papier massiv kritisiert. Die Autoren beklagen eine Linksdrift der CDU. Kommt diese Erkenntnis nicht zu spät – besonders mit Blick auf die Wahlerfolge der AfD?

Hans-Peter Friedrich: Wenn es um die AfD geht, rate ich dringend, nicht ängstlich wie das Kaninchen vor der Schlange zu sitzen und sich taktische Raffinessen auszudenken. Wir müssen uns als Union wieder auf unsere Grundsätze einer freiheitlich-liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung besinnen, den Menschen entsprechende Angebote machen und diese in praktische Politik gießen. Das ist nicht zu früh, das ist nicht zu spät, sondern das ist ein Dauerauftrag.

? Nun gilt ja dieser legendäre Satz von Franz Josef Strauß, dass es rechts neben der CSU keine demokratisch legitimierte Partei geben darf. Die Bundeskanzlerin hat dies in einem Interview aber in Frage gestellt. Wenn der Satz so interpretiert werde, „dass Prinzipien relativiert oder gar aufgegeben werden müssten, damit Menschen sich nicht von der Union abwenden, Prinzipien, die für unser Land, wie auch für die Union konstitutiv sind, die den Kern unserer Über-



„Rechts neben der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben“

(Franz Josef Strauß)

zeugungen ausmachen, dann gilt dieser Satz nicht für mich“.

Hans-Peter Friedrich: Franz Josef Strauß stand immer für die Prinzipien einer freiheitlichen, demokratischen und auf einem christlichen Menschenbild aufbauenden Politik. Dazu gehört, dass man versucht, von der Mitte bis zum demokratischen rechten Rand so viele Menschen wie möglich in eine Volkspartei zu integrieren. Das heißt für uns, dass wir auch die nationalkonservativen und die liberalkonservativen Menschen in unser Spektrum integrieren müssen. Denjenigen in der CDU, die diesen Auftrag aufgeben wollen, weil sie glauben, dass sie in der linken Mitte eher Stimmen holen können, sage ich, dass dies ein großer Fehler ist, weil kein Mensch in Deutschland eine linke CDU braucht. Es gibt schon genug linke Parteien in Deutschland. Wir brauchen keine CDU, die die Flanke nach rechts öffnet und im Grunde zulässt, dass die Nationalkonservativen, die Liberalkonservativen und die Wirtschaftsliberalen sich einer Partei wie der AfD zuwenden.

? Denjenigen, die Kritik an der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel üben, wird vorgeworfen, sie trügen die Verantwortung für die Wahlniederlagen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Aber ist es nicht so, dass nicht derjenige

Fehler macht, der auf Fehler hinweist, sondern derjenige, der sie begeht?

Hans-Peter Friedrich: Die Menschen im Land spüren und wissen, dass ein ungesteuerter Zustrom nach Deutschland und Europa durch eine Völkerwanderung nicht gut gehen kann. Deshalb erwarten die Bürger von uns, dass wir ihre Sorgen ernst nehmen und dass wir auf ihre Fragen Antworten geben. Es darf nicht darum gehen, aus taktischen Gründen ständig auf Wahlen zu schießen, sondern wir müssen Politik gestalten. Und dies mit klaren Aussagen. Die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass wir in ihrem Sinn und zum Schutz ihrer berechtigten Interessen nach den Regeln des gesunden Menschenverstandes Politik gestalten. Wenn wir dies beherzigen, werden wir auch wieder Wahlen gewinnen.

? Passen dann überhaupt nach Ihrer Meinung noch CDU und CSU zusammen?

Hans-Peter Friedrich: Ich habe lange in Nordrhein-Westfalen gelebt. Ich weiß, dass meine Freunde dort in den CDU-Ortsverbänden in der Flüchtlingsfrage genau so denken, wie wir in Bayern auch. Wenn die politische Führung dies beherzigt, kann eigentlich nichts schiefgehen.



? Der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, Carsten Linneemann, sieht das Hauptproblem der Flüchtlingskrise in der kulturellen Integration. Sie haben sich in verschiedenen Medien ähnlich geäußert. Wo sehen Sie die Probleme?

Hans-Peter Friedrich: Zunächst müssen wir deutlich machen, dass jeder, der zu uns kommt, sich an unserer Leitkultur zu orientieren hat. Wer dazu nicht bereit ist, muss unser Land wieder verlassen. Gleichwohl ist es eine Mammutaufgabe, über eine Million Menschen, die im letzten Jahr zu uns gekommen sind, kulturell zu integrieren. Die meisten Migranten sprechen kein Wort Deutsch. Wir haben nicht genug Dolmetscher, um mit ihnen zu kommunizieren. Über die Bildersprache geht das nur unzureichend und mit ein paar Stunden Integrationskurs ist es nicht getan. Zudem darf ich darauf hinweisen, dass in Deutschland sehr viele Migranten leben, bei denen es uns auch nach Jahrzehnten nicht gelungen ist, ihnen unsere Kultur nahezubringen. Es gibt ein afrikanisches Sprichwort, das da lautet: „Für die Erziehung eines Kindes braucht es ein ganzes Dorf.“ Dieses Sprichwort lässt sich eins zu eins auf die heutige Situation übertragen. Für die Integration eines Migranten aus einer fremden Kultur braucht es eine ganze Gesellschaft.

Wenn der Satz von Franz Josef Strauß so interpretiert wird, „dass Prinzipien relativiert oder gar aufgegeben werden müssten, damit Menschen sich nicht von der Union abwenden, Prinzipien, die für unser Land, wie auch für die Union konstitutiv sind, die den Kern unserer Überzeugungen ausmachen, dann gilt dieser Satz nicht für mich“

(Angela Merkel)

? Wird sich die Situation nicht beruhigen, nachdem die Balkanroute geschlossen ist?

Hans-Peter Friedrich: Dank unserer österreichischen und mazedonischen Freunde ist die Balkanroute geschlossen. Es ist aber ein großer Fehler, zu glauben, dass dies zu einer deutlichen Entspannung beitragen wird. Ich befürchte, dass weitere Flüchtlinge über das Mittelmeer, aber auch über die Ukraine kommen werden – zum Beispiel Flüchtlinge aus Afghanistan. Deswegen brauchen wir eine grundlegende Klärung der Frage, wie wir mit zig Millionen Menschen, die tendenziell nach Europa wollen, umgehen werden. Blicken Sie auf Schweden, ein Land mit einer großen liberalen Einwanderungstradition. Die Schweden haben ihre Grenzen geschlossen, weil sie wissen, dass es das Ende ihres Staatswesens wäre, wenn sie es zuließen, dass mit einer Überflutung von Menschen das Land überfordert und der hochentwickelte Sozialstaat in Trümmer gelegt würde. Es muss unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass nur so viele Menschen zu uns kommen, wie wir verkraften können.

? Immer wieder wird von Übergriffen auf Christen und andere religiöse Minderheiten in Flüchtlingsunterkünften berichtet. Haben diese Täter nicht von vornerein ihr

Aufenthaltsrecht in Deutschland und ihren Status als Asylsuchende verwirkt?

Hans-Peter Friedrich: Tatsache ist, dass die Flüchtlinge auch ihre Konflikte, die letzten Endes zum Bürgerkrieg führten, mit nach Deutschland bringen. Deshalb müssen wir diesen Flüchtlingen sagen, dass sie in Deutschland die christliche Kultur mit all ihren Regeln und ihrer Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Andersgläubigen zu akzeptieren haben. Die Frage, ob jemand sein Asylrecht verwirkt, ist eine juristische Frage, bei der die Richter das letzte Wort haben. Wer aber nicht Willens ist, unsere Kultur zu akzeptieren, hat zumindest aus moralischen Gründen sein Asylanspruch verwirkt.

? Der Berliner Kreis fordert, den Personen die deutsche Staatsbürgerschaft abzuerkennen, die im Ausland für eine Terrormiliz kämpfen und neben der deutschen noch eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen. Können Sie sich mit dieser Forderung anfreunden?

Hans-Peter Friedrich: Ich teile diese Forderung, die im Übrigen auch in Frankreich diskutiert wird. Allerdings betrifft dies nur einen ganz kleinen Personenkreis, weil – wie wir wissen – nur wenige der



Terroristen eine doppelte Staatsangehörigkeit vorweisen können.

? Ein Berater Erdogans hat damit gedroht, Flüchtlinge wieder auf den Weg nach Europa zu schicken, falls die Visafreiheit für die Türkei nicht kommt. Ist angesichts dieser Drohkulisse die Türkei überhaupt ein seriöser Verhandlungspartner?

Hans-Peter Friedrich: Wir können uns unsere Verhandlungspartner in der Welt leider nicht aussuchen. Um unsere Grenzsicherungsaufgaben wahrnehmen zu können, brauchen wir ein Abkommen mit der Türkei, aber auch Abkommen mit den nordafrikanischen Staaten. Natürlich haben wir es nicht überall mit Demokratien nach deutschem Vorbild und Muster zu tun. Aber wir betreiben ja auch nicht nur Handel mit lupenreinen Demokratien. Insofern rate ich, die Messlatte nicht zu hoch zu legen. Allerdings darf man sich nie in eine Situation begeben, in der man aus der Position des Bittstellers heraus verhandeln muss. Meine türkischen Gesprächspartner haben mir immer gesagt, dass man mit Erdogan nur aus einer Position der Stärke heraus verhandeln darf. Dazu hätten wir entschlossen die türkisch-griechische Grenze sichern müssen.

? Als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion sind

Sie für die Europapolitik zuständig. In einem Interview mit der Welt haben Sie verlautbart, dass die europäischen Bürger Brüssel zunehmend als fremde Macht verstehen. Was meinen Sie genau?

Hans-Peter Friedrich: Es gibt eine Entfremdung zwischen den Bürgern und den europäischen Institutionen in Brüssel. Wir haben eine unerträgliche Dominanz der europäischen und nationalen Technokraten in der EU. Diese ergibt sich daraus, dass in allen wesentlichen Fragen EU-Kommission und Rat zusammenwirken und das Europäische Parlament im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeiten versucht, das Schlimmste zu verhindern. Hingegen werden die nationalen Parlamente als Vertreter der



„Wir brauchen keine CDU, die die Flanke nach rechts öffnet“

(Hans-Peter Friedrich)

Mit Dr. Hans-Peter Friedrich sprachen Hans-Peter Murmann und Joachim Schäfer

Bürger weitgehend außen vor gelassen. Das ist nicht, wie wir uns Europa vorgestellt haben.

? Für wie wahrscheinlich halten Sie ein viertes Hilfspaket für Griechenland?

Hans-Peter Friedrich: Das ist schwer zu beurteilen. Die Probleme in Griechenland sind trotz einiger positiver Signale der Griechen nach wie vor ungelöst. Ich denke, dass wir inzwischen an einem Punkt angekommen sind, an dem den Griechen wieder mehr Selbstbestimmungsrecht gegeben werden muss, aber sie gleichzeitig die Konsequenzen ihres Scheiterns selbst zu tragen haben.

? Wäre es nicht für alle Beteiligten besser, wenn Griechenland die Eurozone verlassen würde?

Hans-Peter Friedrich: Seit 2010 habe ich in allen Funktionen immer wieder dafür plädiert, dass Griechenland die Eurozone verlässt. Ich hätte es auch für gut gefunden, wenn wir im letzten Jahr einen Schlusstrich gezogen hätten. Inzwischen befinden wir uns in Europa in einer derart instabilen politischen Lage, dass ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone eine weitere politische Belastung der EU brächte, auch wenn das ökonomische Risiko inzwischen geringer wäre. ■

Kurzsichtiger Aktionismus

Für den Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann, wird die größte Herausforderung zur Bewältigung der Flüchtlingskrise die kulturelle Integration sein



Carsten Linnemann sieht als Mitgrund für die Flüchtlingsbewegungen, dass in den Camps in Libanon und in Jordanien die monatlichen Zuwendungen pro Person von 27 auf 13 Dollar gesenkt wurden

Der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann, gehört zu dem überschaubaren Personenkreis innerhalb seiner Fraktion, der in der Flüchtlingsfrage andere Akzente als die Bundeskanzlerin und die Parteispitze setzt. Seine Forderung nach einer Begrenzung der Zuwanderung wurde nach Medienberichten durch den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder mit harschen Worten gerügt. Vor allem eine gelingende Integration der Bürgerkriegsflüchtlinge in den Arbeitsmarkt zweifelt Linnemann an.

Die Ansichten Linnemanns werden bestätigt durch Professor Bernd Raffelhüschen, der davon ausgeht, dass mindestens 80 Prozent der Flüchtlinge, die sich im arbeitsfähigen Alter befinden, aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse und beruflicher Fähigkeiten, nicht integrierbar sind. Auch die durch Politik und Medien vielfach geschönt dargestellte Situation, dass sich auch viele Ärzte und Ingenieure aus Syrien unter den Flüchtlingen befänden, die in Deutschland dringend gebraucht würden, widerlegt Raffelhüschen. Der Professor für Finanzwissenschaft an der

Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg sagt, dass ein syrischer Ingenieur sich höchstens auf dem Niveau eines deutschen Abiturienten bewegt. Raffelhüschens Argumente werden durch den früheren Chef des IFO-Institutes, Professor Hans-Werner Sinn, untermauert. Sinn bezweifelt ebenso, dass der Flüchtlingsstrom Deutschland wirtschaftlich nützlich sein kann. Vor allem wegen ihrer geringen Qualifikationen würden die Zuwanderer den Staat vielmehr gigantische Summen kosten. Die Berechnung Raffelhüschens, der pro Flüchtling Kosten von 450 000 Euro ermittelt hat, hält Sinn für noch zu optimistisch. Denn Raffelhüschens Zahlen würden nur dann gelten, wenn die Asylbewerber so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt integriert werden können, wie frühere Einwanderer, dämpft Sinn jeden Optimismus.

Ob der Mittelstandspolitiker Carsten Linnemann die Bedenken der Wissenschaftler teilt und was aus seiner Sicht zu tun ist, um die Flüchtlingsströme wieder in geordnete Bahnen zu lenken, darüber sprach der CDU-Bundestagsabgeordnete mit Joachim Schäfer.

Der Selbständige: Teilen Sie die Einschätzungen der Professoren Hans-Werner Sinn und Bernd Raffelhüschen?

Carsten Linnemann: Aus meiner Sicht werden die Kosten für die Flüchtlingskrise bei weitem unterschätzt. In der Vergangenheit haben wir vieles schön geredet und ebenso vieles totgeschwiegen. Kurzum: Wir haben keine ehrliche Debatte geführt – übrigens auch nicht von Seiten der Wirtschaft. Da ging zum Beispiel vom Chef eines großen Automobilkonzerns ein fatales Signal aus, über den Beitrag, den die Wirtschaft – vor allem die Großbetriebe – an Integrationsleistung in den Arbeitsmarkt erbringen wird. Wenn ich dann lese, dass VW, immerhin ein Konzern mit 270 000 Mitarbeitern, 100 Praktikplätze für Flüchtlinge zur Verfügung stellt, dann frage ich mich, ob das eine große Integrationsleistung darstellt. Dennoch glaube ich, ohne detailliert auf die genannten Zahlen der Professoren Raffelhüschen und Sinn einzugehen, dass wir die ökonomische Integrationsleistung hinbekommen werden. Die größte Herausforderung wird die kulturelle Integration sein. Und die wird uns weit mehr Geld kosten, als die Bewältigung der ökonomischen Herausforderung.

Der Selbständige: Der Verfassungsrechtler Ruppert Scholz sagt in einem Gutachten: „Aus den Grundsätzen von Recht und Sozialstaatlichkeit sowie dem Gebot des

„Was mir zurzeit besonders Sorgen bereitet, sind die Ausführungen unseres Entwicklungshilfeministers, der davon spricht, dass in Afrika Millionen Menschen auf gepackten Koffern sitzen, um ebenfalls in die Europäische Union zu flüchten.“

(Carsten Linnemann)

Schutzes der nationalen Identität folgt insbesondere auch das Recht und gegebenenfalls die Pflicht des Gesetzgebers, einer Überzahl von Asylbewerbern dann regelungsmäßig entgegenzutreten, wenn die Aufnahmefähigkeit des eigenen Landes ernsthaft gefährdet ist. Ist diese Situation nicht schon eingetreten, wenn es um die Aufnahmefähigkeit Deutschlands geht?

Carsten Linnemann: Ruppert Scholz hat sein Gutachten öffentlich gemacht, als jeden Tag im November letzten Jahres über 7 000 Flüchtlinge zu uns nach Deutschland kamen. Durch das Schließen der Balkanroute stellt sich im Moment diese Problematik nicht mehr. Dennoch müssen wir zu einer europäischen Lösung kommen. Was mir zurzeit besonders Sorgen bereitet, sind die Ausführungen unseres Entwicklungshilfeministers, der davon spricht, dass in Afrika Millionen Menschen auf gepackten

Koffern sitzen, um ebenfalls in die Europäische Union zu flüchten. Eine solche Flüchtlingsbewegung wäre von keinem Land der Europäischen Union zu bewältigen – auch nicht von Deutschland. Dass es zu dieser Situation überhaupt erst gekommen ist, daran tragen wir ein gerütteltes Maß an Mitschuld. Schon vor Jahren wurde davor gewarnt, den Flüchtlingscamps im Libanon und in Jordanien die Gelder zu kürzen. Trotz aller Warnungen wurden dann die monatlichen Zuwendungen pro Person in den Lagern von 27 auf 13 Dollar gesenkt. Dieser kurzsichtige Aktionismus rächt sich nun. Deshalb plädiere ich dafür, die Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen. Das heißt, die Gelder direkt vor Ort den Menschen zugutekommen lassen, damit diese eine Bleibeperspektive haben. Im Übrigen wäre das auch die kostengünstigste Lösung für alle beteiligten Länder. Und erst recht für Deutschland. ■



Mit Carsten Linnemann sprach Joachim Schäfer

Der Verkauf im Online boomt! Dadurch ist das Vermarkten und Verkaufen Ihrer Produkte im Internet unumgänglich. Durch das richtige Gesamtkonzept passend zum Unternehmen, können Ihre Ansprüche und Bedürfnisse an einem Online-Shop abgedeckt werden. So steht ihrem Erfolg nichts im Wege!

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133

(0231) 2265788

info@k6-medien.de

ONLINESHOP



SHOPSYSTEME

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Mut zur eigenen Courage

Veronika Bellmann: Unbequeme Ansichten kompromisslos formulieren

Immer dann, wenn sich die CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann in den Medien zu Wort meldet, ist ihr die Aufmerksamkeit der politischen Beobachter in der Hauptstadt sicher. So auch zuletzt nach einem Interview mit dem Internet-Portal *FOCUS-Online*, in dem Veronika Bellmann zu den Vorfällen in Clausnitz Stellung nahm. Bellmann (Clausnitz liegt in ihrem Wahlkreis) ließ keinen Zweifel daran, dass Recht und Gesetz für alle zu gelten habe. Das Problem allerdings sei, dass viele Bürger nicht mehr daran glaubten, dass das in Deutschland noch seine Gültigkeit habe. Die Medien, die sie gern auch mal „Lückenspresse“ nennt, würden einen teilweise unrühmlichen Beitrag dazu leisten, sagte Bellmann und nannte ein Beispiel: „Wenn die Antifa Schilder besprüht und unverhohlen sagt: ‚Das Dorf legen wir in Trümmer‘, oder in Leipzig auf Polizisten losgeht, ist das kaum ein paar Stunden in den Schlagzeilen. Wenn auf Veranstaltungen ‚Wir sind das Volk‘ gerufen wird, spricht man sofort von Mob und verbaler rechter Gewalt. Dieses Ungleichgewicht regt die Leute auf.“

Überhaupt sei es eine „Vorverurteilung“, zu behaupten, alle Sachsen seien rechts, hob Bellmann in dem *Focus*-Interview hervor.

Falsche Adressaten

Auch wenn man – wie sie – nicht mit der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin einverstanden sei, wären gerade angekommene Flüchtlinge allerdings die falschen Adressaten für politischen Protest. „Die richtigen Adressaten sitzen in der Bundesregierung in Berlin, in den Landesregierungen – außer der in Bayern – und bei der Mehrheit der Parlamentarier – außer den Bundestagsabgeordneten der CSU und einigen kritischen Geistern in der CDU.“

Aber nicht nur in der Flüchtlingspolitik steht Veronika Bellmann diametral zur Haltung der Bundeskanzlerin. Im Juni 2011 stimmte sie zusammen mit fünf weiteren



Abgeordneten der Union (unter anderem Peter Gauweiler) gegen zusätzliche Milliardenhilfen für Griechenland. Zudem beteiligte sich die sächsische Bundestagsabgeordnete im Mai 2012 mit an der Gründung von „Allianz gegen den ESM“. Mit zehn weiteren Bundestagsabgeordneten aus CDU und FDP bekundete sie die Auffassung, dass der Euro nur mit Haftung der Schuldner und durch Eigenverantwortung eine Zukunft habe und forderte die Rückkehr zu den Grundprinzipien des Maastrichter Vertrages.

Gegen den Strich büreten

Wer also ist diese Frau, die es wagt, mit ihrer Meinung gegen den „Fraktionsstrom“ zu schwimmen oder – wie der Westfale sagt – gegen den Strich zu büreten?

Vielleicht liegt Veronika Bellmanns Neigung, auch unbequeme Ansichten kompromisslos zu formulieren, in ihrer Biographie begründet. Im Gegensatz zu einigen – auch heute noch aktiven – Spitzenpolitikern aus

den neuen Bundesländern, die sich zu DDR-Zeiten mit dem SED-Regime arrangiert hatten und im Parteiapparat durchaus herausragende Ämter bekleideten, musste die gebürtige Chemnitzerin einige Schikanen des DDR-Staates durchleben.

Im Fadenkreuz der Stasi

Wegen ihres unbeugsamen Bekenntnisses zum Christentum stand die heute 55jährige Diplomverwaltungsbetriebswirtin sowie Fachkauffrau für Marketing und Vertrieb (VWA) bereits in jungen Jahren im Fadenkreuz der DDR-Staatssicherheit. Erst recht, als sie mit knapp 20 Jahren ihren Mann heiratete, der zu diesem Zeitpunkt als Offizier bei der Nationalen Volksarmee (NVA) diente. Als erfolgreicher Leichtathlet fehlte ihm für eine internationale Karriere die staatliche Unterstützung und so lockte man ihn in die Sportoffizierslaufbahn der NVA. Im Elternhaus der Wächters, so der Mädchenname Veronika Bellmanns, wurde der junge Leutnant erstmals mit christ-

lichen Ansichten konfrontiert. Die Begegnung „mit einer ganz anderen Welt“ veranlasste den NVA-Offizier zu einer „Kehrtwende“. Er ließ sich taufen und firmen, kehrte dem Sozialismus den Rücken und quittierte den Dienst bei der Armee. Eine Todsünde zu DDR-Zeiten. Fortan verdiente Karl-Heinz Bellmann in einem landwirtschaftlichen Betrieb zunächst als Hilfsarbeiter, dann als Landmaschinenschlosser seine Brötchen. Und auch Veronika Bellmann wurde abgestraft. Trotz „lupenreiner Zeugnisse“ wurde ihr das Studium verweigert – nachzulesen in ihrer Stasi-Akte. So blieb ihr nur die Möglichkeit, als Erzieherin in Kindereinrichtungen von Oederan und Eppendorf zu arbeiten, um über die Runden zu kommen. Eine Tätigkeit, von der sie in ihrem späteren Beruf als Sozialarbeiterin in der Jugendgerichtshilfe beim Landratsamt Flöha (1992-1994) allerdings hochgradig profitieren konnte.

Eigene „Freitags-Proteste“ organisiert

Vor der Wende überlegte das Ehepaar Bellmann nahezu täglich, wie und in welcher Form man der DDR den Rücken kehren könnte. Die Grenzanlagen überwinden? Mit einem Baby unmöglich! Einen Ausreisetransfer stellen? Die Wahrscheinlichkeit, diesen in absehbarer Zeit genehmigt zu bekommen, war gleich null! Außerdem hatte Veronika Bellmann panische Angst, in der Bundesrepublik mit ihrer kleinen Tochter in einem Lager leben zu müssen. Und Verwandten im Westen wollte sie auch nicht zur Last fallen. 1989, bei einem Besuch der ehemaligen Tschechoslowakei, standen die Bellmanns, wie so viele andere DDR-Bürger



Veronika Bellmann ist Major d. R. der Bundeswehr

auch, vor der deutschen Botschaft in Prag. Sollten sie es wagen, über exterritoriales Gebiet ihre Ausreise herbeizuführen? Auch dieser Gedanke wurde verworfen. Die banale Frage war: Was wird dann aus unserer Tochter? So kehrten Karl-Heinz und Veronika Bellmann wieder um und fuhren zurück in den Arbeiter- und Bauernstaat. Voller Frust, versteht sich.

Gleichwohl gingen die Bilder von den Republikflüchtigen, die in der Prager Botschaft Zuflucht gesucht hatten, den Bellmanns nicht aus dem Kopf. Als es in der DDR landesweit zu gären begann und in Leipzig die ersten Menschen auf die Straße gingen, organisierten sie in ihrem Heimatort mit anderen Bürgerrechtlern ihre eigenen „Freitags-Proteste“, um den Leipzigern bei deren Montags-Demonstrationen nicht in die Quere zu kommen. Obwohl Eppendorf nur ein 3.500-Seelen-Dorf ist, kamen an manchen der zehn Freitagsdemos bis zu 5.000 Menschen auf die Straße. „Das war schon gewaltig“, erinnert sich Veronika Bellmann, wobei ein stolzer Unterton in ihrer Stimme nicht zu überhören ist. Und weiter: „Aus der Euphorie dieser Tage ziehe ich noch heute die Kraft für mein politisches Engagement und das, was man Mut zur eigenen Courage nennt.“

Seit 2002 im Deutschen Bundestag

Nach der Wende blieb Veronika Bellmann zunächst bis 1990 parteilos, um dann in die CDU einzutreten. Seit der Wiedervereinigung war sie Mitglied in zahlreichen CDU-Gremien, wie dem CDU-Ortsvorstand Eppendorf, dem CDU-Kreisvorstand Freiberg, dem CDU-Landesvorstand Sachsen und ist nun seit 2008 stellvertretende Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Mittelsachsen. 1994 wurde sie erstmals in den Sächsischen Landtag gewählt, dessen Mitglied sie bis zum Jahr 2002 war. Sie sagt

von sich, dass sie schon damals zwar kompromissfähig aber nicht harmoniesüchtig gewesen sei. So ist Veronika Bellmann auch heute noch. Selbst wenn sie nicht zur Funktionseлите gehört, taugt sie als leidenschaftliche Politikerin und eigenständige, kritische Persönlichkeit einfach nicht zur Hinterbänklerin. Mit der Bundestagswahl 2002 wechselte sie (mit einem Direktmandat versehen) in den Deutschen Bundestag. Inzwischen weitere drei Mal mit überlegenden Ergebnissen wieder gewählt, ist die sympathische Sächsin derzeit Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, im Abgaskandal-Untersuchungsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss.

Knapp bemessene Freizeit

Bleibt da überhaupt noch Zeit für ein Privatleben? Das sei knapp bemessen, sagt Veronika Bellmann. Sie müsse die wenige Freizeit übers Jahr ansammeln, damit sie wenigstens einmal im Jahr ihre Tochter, die mit ihrer Familie in Afrika lebt, besuchen kann. Ansonsten findet sie Ausgleich bei der Arbeit in Haus, Hof und Garten. Bleibt darüber hinaus auch noch Zeit für ein Hobby? „Kaum“, sagt sie nach kurzem Zögern, „obwohl ich für mein Leben gern Mensch und Natur beobachte und sie dann zeichne und male.“

In der Tat: Veronika Bellmanns Ölbilder und Stiftzeichnungen können sich sehen lassen. Und vielleicht wird auch einmal ein echter Bellmann in Kunstkreisen den Stellenwert einnehmen, den Veronika Bellmann in der Politik bereits heute für sich reklamieren kann. E.B. ■



Veronika Bellmann im Kreis ihrer Familie



Porträt von Veronika Bellmann eines Kultursalon-Künstlers

Förderung unternehmerischen Know-hows

Zum Jahresbeginn ist die neue Beratungsförderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Angehörige der freien Berufe in Kraft getreten. Das Programm mit dem Namen „Förderung unternehmerischen Know-hows“ richtet sich an bereits gegründete Unternehmen und wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des BMWi finanziert. Beratungen in der Vorgründungsphase werden durch Länderprogramme bezuschusst.

Wer wird gefördert?

Das Programm richtet sich an

- junge Unternehmen, die nicht länger als zwei Jahre am Markt tätig sind (**Jungunternehmen**)

- Unternehmen ab dem dritten Jahr nach Gründung (**Bestandsunternehmen**)

- **Unternehmen in Schwierigkeiten**

Die Unternehmen müssen die EU-KMU Kriterien erfüllen und ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland haben. Für Unternehmen in Schwierigkeiten sind zusätzlich die EU-Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung (2014/249/01) zu beachten (mehr als die Hälfte des Kapitals muss durch Verluste aufgezehrt sein).

Nicht antragsberechtigt sind

- Unternehmen sowie Angehörige der Freien Berufe, die in der Unternehmens-, Wirtschaftsberatung, Wirtschafts- oder Buchprüfung bzw. als Rechtsanwalt, Notar, Insolvenzverwalter oder in ähnlicher Weise beratend oder schulend tätig sind oder werden wollen,
- Unternehmen, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde oder bei denen die Voraussetzungen zur Eröffnung eines solchen Verfahrens erfüllt sind,
- Unternehmen der landwirtschaftlichen Primärerzeugung, der Fischerei und Aquakultur
- Unternehmen, die in einem Beteiligungsverhältnis zu Religionsgemeinschaften, juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder zu deren Eigenbetrieben stehen,
- Gemeinnützige Unternehmen, gemeinnützige Vereine und Stiftungen.

Was wird gefördert?

Jung- und Bestandsunternehmen können sich zu allen wirtschaftlichen, finanziellen,

personellen und organisatorischen Fragen der Unternehmensführung beraten lassen (**Allgemeine Beratungen**). Zudem sind zur Behebung struktureller Ungleichheiten weitere Themen im Rahmen von **Speziellen Beratungen** förderfähig. Dazu gehören z.B. Beratung von Frauen, von Migrantinnen/Migranten, von Unternehmern/innen mit anerkannter Behinderung, zur Fachkräftesicherung/-gewinnung, zur Nachhaltigkeit und zum Umweltschutz.

Zur Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit können **Unternehmen in Schwierigkeiten** eine Förderung beantragen (**Unternehmenssicherungsberatung**).

Zur Vertiefung der Maßnahmen aus der Unternehmenssicherungsberatung kann zusätzlich eine **Folgeberatung** in Anspruch genommen werden.

Beratungen bei Bestandsunternehmen dürfen pro Beratungsschwerpunkt nicht länger als fünf Tage dauern. Die Beratungstage müssen nicht aufeinanderfolgen. Bei Jungunternehmen und Unternehmen in Schwierigkeiten gibt es diese Begrenzung nicht.

Nicht gefördert werden Beratungen,

- die ganz oder teilweise mit anderen öffentlichen Zuschüssen gefördert werden
- die Vermittlungstätigkeiten beinhalten und/oder deren Zweck auf den Erwerb von bestimmten Waren oder Dienstleistungen gerichtet ist, die von den Beratern/innen selbst vertrieben werden
- die überwiegend Rechts- und Versicherungsfragen sowie steuerberatende Tätigkeiten zum Inhalt haben
- die den Verkauf/Vertrieb von Gütern oder Dienstleistungen (z.B. IgeL) sowie sonstige Umsatz steigernde Maßnahmen einschließlich des entsprechenden Marketings von Ärzten/innen, Zahnärzten/innen, Psychotherapeuten/innen, Heilpraktiker/innen und deren Mitarbeiter/innen zum Inhalt haben
- die ethisch-moralisch nicht vertretbare oder gegen Recht und Ordnung verstoßende Inhalte zum Gegenstand haben.

Zuschusshöhe

Die Höhe des Beratungskostenzuschusses ist abhängig von den maximal förderfähigen

Beratungskosten (**Bemessungsgrundlage**) und dem Standort des Unternehmens (**Fördersätze: 80 % neue Bundesländer ohne Berlin und Region Leipzig, 60 % Region Lüneburg, sonst 50 %, 90 % für Unternehmen in Schwierigkeiten**)

- bei Jungunternehmen beträgt die Bemessungsgrundlage 4000 Euro, der Fördersatz 50 % bis 80 % und der max. Zuschuss 2000 Euro bis 3200 Euro
- bei Bestandsunternehmen beträgt die Bemessungsgrundlage 3000 Euro, der Fördersatz 50 % bis 80 % und der max. Zuschuss 1500 Euro bis 2400 Euro
- bei Unternehmen in Schwierigkeiten beträgt die Bemessungsgrundlage 3000 Euro, der Fördersatz 90 % und der max. Zuschuss 2700 Euro

Wer darf beraten?

Rechtlich selbstständige Berater/innen bzw. Beratungsunternehmen, die mehr als 50 % ihres Umsatzes mit der entgeltlichen Beratungstätigkeit erzielen. Darüber hinaus müssen die für die Beratung erforderlichen Fähigkeiten vorhanden sein. Zum Nachweis der Bereitergenschaft sind der Bewilligungsbehörde (BAFA) eine Beratererklärung, ein Lebenslauf und ein Qualitätsnachweis vorzulegen.

Verfahren

Die Antragstellung erfolgt online z. B. über die Homepage der Förderungsgesellschaft, die als Leitstelle in das Verfahren eingebunden ist. Jungunternehmen und Unternehmen in Schwierigkeiten müssen vor Antragstellung ein kostenloses Informationsgespräch bei einem Regionalpartner führen. Die BDS-Landesverbände Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen sowie der BDS Bayern werden zukünftig als Regionalpartner tätig. Die Liste der weiteren Regionalpartner ist auf unserer Homepage veröffentlicht. Spätestens drei Monate nach dem Gespräch mit dem Regionalpartner muss die Antragstellung bei der Leitstelle erfolgen. Sechs Monate nach Erhalt des Informationsschreibens ist der Verwendungsnachweis bei der Leitstelle über die Antragsplattform einzureichen. Die Leitstelle prüft die eingereichten Unterlagen und leitet diese zur abschließenden Entscheidung an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle weiter. ■

Einladung zur Ordentlichen Generalversammlung 2016

Samstag, 24. September 2016, 10.00 Uhr

Casino der Kurt-Georg-Kiesinger-Kaserne

Hubschraubergeschwader 64

Walpertshofer Straße 13, 88471 Laupheim (Kreis Biberach)

Tel.: 07392 / 95 - 2011

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Präsidenten
2. Grußworte
3. Wahl des Tagungspräsidiums und der Zählkommission
4. Berichte
 - a. des Präsidenten
 - b. des Hauptgeschäftsführers
 - c. des Landesschatzmeisters
 1. Aussprache zu den Berichten
 2. Feststellung der Stimmrechte
 3. Entlastung des Landesvorstandes
8. Wahl der zwei Rechnungsprüfer
9. Anträge
10. BDS-Ideenwettbewerb „Best-Practice-Preisverleihung“
11. Ehrungen
12. Verschiedenes
13. Schlusswort des Präsidenten

Anträge sind bis spätestens 10.09.2016 schriftlich bei der Hauptgeschäftsstelle in Stuttgart einzureichen.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jedes Mitglied des Landesverbandes berechtigt.

Stimmrecht haben nur die Delegierten der Mitgliedervereinigung und zwar für angefangene 50 bezahlte Beitragseinheiten 1 Stimme. Stichtag für die Ermittlung des Stimmrechts ist jeweils der 31. Dezember des Vorjahres.

Stimmrecht erhalten nur Delegierte, deren vertretene Mitglieder den Beitrag des Vorjahres bezahlt haben. Die Stimmen einer Mitglieder-

vereinigung können auf einen Delegierten vereinigt werden. Im Zweifelsfalle gilt als Delegierter der Vorsitzende der Mitgliedervereinigung.

Stimmenübertragung von Ortsverbänden untereinander, jedoch nur an Delegierte innerhalb des Kreisverbandes bzw. den Kreisvorsitzenden, ist zulässig. Die Übertragung muss zu Beginn der Generalversammlung schriftlich vorliegen. Ein Ortsverband bzw. der Kreisvorsitzende darf aber höchstens die Delegiertenstimmen von 3 Ortsverbänden vertreten. Für das Stimmrecht der Präsidiumsmitglieder gilt § 10 Nr. 5 entsprechend.

Einzelmitglieder, die keiner Mitgliedervereinigung angehören, erhalten je angefangene 50 Mitglieder eine Delegiertenstimme. Die Wahrnehmung der Delegiertenstimme erfolgt durch die Wahl bei einer Versammlung der Einzelmitglieder, die hiermit für den 24.09.2016, 9.00 Uhr am Veranstaltungsort (Meldung beim Tagungscounter) einberufen wird mit folgender

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch Gerd Scheffold im Auftrag des Präsidenten
2. Wahl eines Sprechers und stv. Sprecher für die Gruppe der Einzelmitglieder, der/die entsprechend § 9 Ziffer 3 der LV-Satzung auch Delegierte zur Generalversammlung sind.
3. Verschiedenes

Die Mitglieder des Präsidiums haben je eine Stimme, die nicht übertragbar ist.

Günther Hieber
Präsident

Erinnerung: Veranstaltung „Demographischer Wandel – Wie sieht Ihr Unternehmen in 15 Jahren aus?“

Am Donnerstag, 14. Juli 2016

veranstaltet der BDS Landesverband zusammen mit dem Bundesverband demographischer Wandel (BdW) im Hotel Pullmann Stuttgart Fontana in Stuttgart-Vaihingen einen spannenden Informationsabend zum demografischen Wandel. Um 17.30 Uhr geht es mit einem Sektempfang los, um 18.00 Uhr ist Veranstaltungsbeginn.

Erinnerung: „BDS-Barbecue mit Flugplatzflair auf dem Adolf Würth Airport“

Am Freitag, 22. Juli 2016, ab 15.00 Uhr

sind alle BDS-Mitglieder zum exklusiven „BDS-Barbecue mit Flugplatzflair“ auf dem Gelände des Flugzeughangars vom Adolf Würth Airport in Schwäbisch Hall-Hessental eingeladen.

Alle weiteren Informationen zu den beiden Veranstaltungen und die Möglichkeit zur kostenpflichtigen Anmeldung finden Sie unter www.bds-bw.de

Vor der Wahl ist nach der Wahl?

Der BDS-Landesverband hat vor der Landtagswahl anhand von Wahlprüfsteinen die Positionen der bis dahin vertretenen Parteien im Landtag abgefragt (März-Ausgabe 2016). Nachdem der Koalitionsvertrag von Grün-Schwarz veröffentlicht ist, stellen wir hier einige der Antworten vor der Wahl den Aussagen im Koalitionsvertrag in zusammengefasster Version gegenüber.



Die neue grün-schwarze Landesregierung von Baden-Württemberg

Foto: Staatsministerium Baden-Württemberg

Standortsicherung, Infrastruktur, Mittelstandsförderung

Wie planen Sie konkret die zukünftige finanzielle und konzeptionelle Förderung der KMU beim Ausbau des Breitbandkabelnetzes?



Vor der Wahl sagt die CDU, sie will die Digitalisierung mit einem Breitbandpakt von 500

Mio. Euro vorantreiben. Der Schwerpunkt soll auf Glasfaserausbau liegen. Gleichzeitig möchte die CDU eine Förderung der Wirtschaftlichkeitslücken der Netzbetreiber ermöglichen. Eine Stabsstelle im Staatsministerium soll die Digitalisierung zur Chefsache machen und als zentrale Anlaufstelle und Knotenpunkt dienen.



Vor der Wahl: Bis 2018 stehen rund 250 Mio. für den Breitbandausbau zur Verfügung, sa-

gen die Grünen. Sie fördern den Ausbau, wo es sich für die Telekommunikationsfirmen nicht lohnt. Sie setzen auf kommunale Hoch- und Höchstgeschwindigkeitsnetze auf Grundlage moderner Glasfaserleitungen. Ausbaustandard sollen 50 Megabit pro Sekunde sein. Die Anbindung von Gewerbegebieten fördern sie mit bis zu 90 Prozent besonders stark. Ihr Ziel: die Breitbandversorgung als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu etablieren.

Koalitionsvertrag: Um die positiven Potenziale der Digitalisierung zu erschließen, will die Regierung eine ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie erarbeiten. Die Koalition wird den flächendeckenden Ausbau der Breitbandverkabelung intensiv vorantreiben und finanziell weiter stärken. Grün-Schwarz will erhebliche Mittel zur Verfügung stellen, um die flächendeckende Verfügbarkeit von Bandbreiten ab 50 Mbit/s im ganzen Land zügig voranzutreiben. Glasfaserleitungen haben dabei Vorrang vor kupferbasierten Lösungen. Mittelfristig haben sie das Ziel, dass jedes Gebäude im Land einen Glasfaseranschluss erhält. V.a. soll der Anschluss von Gewerbegebieten und Schulen fortgesetzt werden. Schwerpunkt soll dabei auf dem Glasfaserausbau über das Betreibermodell liegen. In begründeten Fällen soll aber auch eine Förderung der Wirtschaftlichkeitslücken der Netzbetreiber auf Antrag von Kommunen und Kreisen, die das Bundesprogramm nutzen wollen, möglich sein. Die Koalition will sich für die Umsetzung des Netzneutralitätsprinzips einsetzen: Um den Wettbewerb v.a. in ländlichen Gebieten zu stärken, wollen sie Mittelständler, Start-ups und kommunale Unternehmen ermuntern und ihnen behilflich sein, als Internetprovider aufzutreten.

Wie planen Sie die Förderung bei der Sicherung der Stromversorgung durch die Beschleunigung des Netzausbaus?



Vor der Wahl: Der Ausbau des Hochspannungsnetzes ist von enormer Bedeutung.

Die Verteilung innerhalb Baden-Württembergs muss modernisiert werden. Es ist ein Ausbau intelligenter Verteilernetze und Zähler notwendig.



Vor der Wahl: Baden-Württemberg soll als Schaufenster für Smart-Grid-Lösungen dienen.

Es wurde eine Studie zur Planungssicherheit der Netzbetreiber in Auftrag gegeben, die den Netzausbaubedarf im Verteilnetz aufzeigen soll und inwieweit intelligente Lösungen (Smart Grid) dabei helfen können, den Ausbaubedarf und die Kosten zu minimieren.

Koalitionsvertrag: Die Koalition wird sich für einen transparenten und bedarfsgerechten Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze und eine frühzeitige Bürgerbeteiligung engagieren. Die Regierung strebt die Tech-

nologieführerschaft bei Smart-Grid- und Smart-Metering bei Verteilnetzen in Deutschland und Europa an. Die Flexibilisierung des Energiesystems ist zur Umsetzung der Energiewende unabdingbar. Daher will sie die Steuerungsmöglichkeiten des konventionellen Kraftwerksparks, der Bioenergie und der Nachfrage (Demand-Side-Management) vorantreiben. Notwendig ist auch die Erforschung (Ausbau der Forschungsstandorte) und Weiterentwicklung von kostengünstigen und effizienten Speichertechnologien sowie eine Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr mit der Informations- und Kommunikationstechnik. Die Koalition möchte das Landeskonzept Kraft-Wärme-Kopplung umsetzen und v.a. flexible KWK-Konzepte fördern.

Förderungen

Wie sieht es mit der Förderung von Gemeinschaftsaktivitäten der KMU im Bereich Onlinehandel (Virtuelles Kaufhaus) aus?



Vor der Wahl: Die Städtebauförderung sei ein wichtiges Instrument, um der Verö-

dung der Innenstädte entgegenzuwirken, dafür sollen Fördermittel weiterhin bereitgestellt werden. Die KMUs sollen über Coachings und Beratungen an digitale Innovationen herangeführt werden. Digitalisierungsgutscheine sollen gut funktionierende Prozesse im Online-Handel für KMUs voranbringen.



Vor der Wahl: Neben dem Breitbandausbau und der Verbesserung

der Verkehrsinfrastruktur wollen sie über Digitalisierungspolitik die KMUs an das Thema „Wirtschaft 4.0“ heranführen, darin unterstützen. Bei der Entwicklung neuer digitaler Geschäftsmodelle, wie virtuellen Kaufhäusern, werden sie gerade die KMUs unterstützen.

Koalitionsvertrag: Die Städtebauförderung leistet einen bedeutenden Beitrag zur städtebaulichen Erneuerung. Daher soll diese künftig transparenter dargestellt werden und auf Belebung und Weiterentwicklung bzw. Neuausrichtung von bestehenden Wohnraumquartieren fokussiert werden. Die Koalition will einen Rahmen schaffen, um gerade die KMUs bei der Digitalisierung

ihrer Geschäfts- und Unternehmenswelt zu unterstützen: die Allianz 4.0 soll weiterentwickelt werden zu Allianz Wirtschaft 4.0., die Beratung durch Digitallotsen soll fortgesetzt werden.

Hinweis: Zur Förderung eines Projektes wie es der Gewerbeverein Illingen mit „Illingen hat's“ aufgesetzt hat, also Förderung eines Projektes von einem Verein, ist weder in den Antworten direkt noch im Koalitionsvertrag etwas zu finden.

Entbürokratisierung

Planen Sie den Abbau von Bürokratiehemmnissen, z. Bsp. beim Mindestlohn und bei der Arbeitsstättenversorgung?



Vor der Wahl: Sie möchten sich in der CDU/CSU-Bundes-

tagsfraktion dafür einsetzen, dass zahlreiche Kritikpunkte am Mindestlohn, in Punkto Verschlimmerung der Bürokratie, bei der Gesetzesüberarbeitung umgesetzt werden sollen. Beispiele sind keine Erfassung von Minijobs bei der Dokumentationspflicht, deutliche Absenkung der 2.958 EUR-Grenze auf rund 2.000 EUR nach der Mindestlohndokumentationspflichten-Verordnung, deutliche Absenkung der umfassenden Auftraggeberhaftung, die durch den Verweis auf das Arbeitnehmer-Entsendegesetz verursacht wird usw. Die CDU will keine Verschärfung der Arbeitsstättenverordnung, die über geltendes Recht hinausgeht. Durch überzogene Vorschriften sollen keine Arbeitsplätze gefährdet werden, trotzdem ist ihnen der Schutz der Arbeitnehmer wichtig.



Vor der Wahl: Sie wollen die Chancen der Digitalisierung zum Bürokratieabbau nutzen,

u.a. durch Stärkung von E-Government. Die Grünen unterstützen politisch den Mindestlohn. Die derzeitige Gesetzeslage halten sie für nicht befriedigend: Sie werden sich dafür einsetzen, die Umsetzung des Mindestlohns praxisnah und KMU-freundlich weiterzuentwickeln.

Koalitionsvertrag: Wichtiges Ziel: Bürokratische Belastungen abbauen. Die Koalition will die Haftungsregelung der im Tariftrue- und Mindestlohngesetz geregelten Subunternehmerhaftung evaluieren, weil sie eine nicht unerhebliche bürokratische Mehrbe-

lastung für Unternehmen darstellt. Das Mittelstandsförderungsgesetz hat sich bewährt. Sie wollen prüfen, inwiefern eine Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsabgabe umgesetzt werden kann. Generell soll die Einführung eines Normenkontrollrats wie auf Bundesebene geprüft werden, um unnötige Bürokratie zu verhindern. Sie werden prüfen, die Rechtssetzungen des Landes grundsätzlich mit einer 5-jährigen Befristung zu versehen. Die Koalition will das Vergaberecht so vereinfachen, dass KMUs sich einfacher an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen können. Baden-Württemberg soll zum Vorbild für E-Government und Verwaltung 4.0 werden, um die Entbürokratisierung voranzutreiben.

Steuerpolitik

Werden Sie investitionshemmende Steuern, zum Beispiel die Grunderwerbsteuer senken?



Vor der Wahl: Ursprünglich hatte die CDU gegen eine Erhöhung des Grunder-

werbsteuersatzes von 3,5% auf 5% gestimmt. Inzwischen sind aber die Mehreinnahmen gebunden, von daher sehen sie keine Möglichkeit, diese Erhöhung wieder rückgängig zu machen. Aufgrund der Wohnungsknappheit sind sie gegen eine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Generell sprechen sie sich gegen Steuererhöhungen aus.



Vor der Wahl: Sie haben die Grunderwerb-

steuer auf 5% erhöht, um die Zahl der Kita-Plätze zu erhöhen und die Qualität der Betreuung zu verbessern. Eine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer ist dafür nicht notwendig und von den Grünen entsprechend auch nicht geplant.

Koalitionsvertrag: Die Kommunen sollen selbst Anreize zur Innenentwicklung setzen können. Dafür setzt sich die grün-schwarze Regierung bei der Reform der Grundsteuer auf Bundesebene ein. Zur Grunderwerbsteuer steht nichts im Vertrag.

Aus Platzgründen finden Sie einen Teil der Gegenüberstellung auf der Homepage: www.bds-bw.de



Oettinger spricht auf dem Kurpfälzer Frühschoppen

Foto: Brigitte Grausam

Einstieg in die digitale Welt

Günther Oettingers Festrede auf dem **Maimarkt** mit viel Applaus belohnt

Mit seiner Festrede am Sonntag, 8. Mai 2016, beim Frühschoppen des Kurpfälzer Mittelstands auf dem Mannheimer Maimarkt hat Günther Oettinger, EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, bei den Selbständigen und Unternehmern Nachdenklichkeit und Zustimmung ausgelöst. Der Europa-Politiker erntete lang anhaltenden Applaus für den Tenor seiner Rede zum Thema "Wirtschaft 4.0 - Herausforderung für den Mittelstand". Organisiert haben den Kurpfälzer Frühschoppen die BDS-Kreisverbände Mannheim und Rhein-Neckar, vertreten durch Prof. Dr. Hans-Jörg Fischer und Dr. Annelie Weiske, die MIT Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Kreisverband Mannheim, MIT Kreisverband Bergstraße, die Kreishandwerkerschaft Mannheim sowie der Kreisbauernverband Rhein-Neckar-Kreis.

Rente, Maut und Motzen

Drei Thesen stellten die Grundlage von Oettingers Rede dar: Es geht uns zwar gut, teilweise sogar sehr gut, aber Deutschland muss zukunftsorientierter werden, um diese Standards zu halten. Die Aussage „besser wird es nicht mehr, stärker werden wir nicht mehr“ ist als Warnung

zu verstehen, jetzt nicht im Stillstand zu verharren. Deutschland muss anpassen, die Zukunft nicht zu verpassen. Die aktuellen politischen Themen „Rente, Maut und Motzen“ gehen laut Oettinger an der Wirklichkeit und den notwendigen wegweisenden Entscheidungen vorbei.

Rückfall in die Kleinstaaterei

Der Mittelstand im Land muss sich dringend der digitalen Revolution stellen, war seine zweite These. Oettinger machte deutlich, dass, wer sich nicht auf die digitalen Veränderungen einlasse und einen konsequenten Einstieg in die digitale Welt verneine, der würde den wirtschaftlichen Rückschritt mit all seinen Folgen vorprogrammieren. „Am besten, Sie melden sich gleich nach dem Maimarkt für einen Grundkurs in Digitalisierung an“, lautete sein Appell an diejenigen, die sich noch nicht mit diesem Thema befasst hatten.

Und besonders wichtig war ihm, dass Populismus und Nationalismus eine klare Absage erhalten müssen. Oettinger trat für ein einiges Europa ein und betonte, welche wirtschaftlichen Einschränkungen ein Rückfall in die Kleinstaaterei bringen würde: „Baden-Württemberg braucht als Ex-

portland den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen – und natürlich auch von Kulturen.“ Die Verluste an Wertschöpfung werden beachtlich, wenn sich durch Grenzkontrollen die Freizügigkeit des Austauschs von Dienstleistungen, Handel und Produkten verändert.

„Baden-Württemberg braucht als Exportland den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen“

Wertschöpfung gleich Null

Im Hinblick auf die Wertschöpfungskette in Baden-Württemberg, die Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Renten und Steuern sichert, hatte Günther Oettinger ein brisantes aktuelles Beispiel: Heutzutage Kindern Geschenke zu machen, ist ja nicht ganz einfach – dabei dann noch die heimische Wirtschaft zu unterstützen, sehr wichtig, aber auch schwierig: Er habe seine Geschenke als junger Mensch, seien es eine Märklin-Eisenbahn, ein Teddybär oder ähnliches, aus der Produktion baden-württembergischer Betriebe erhalten. Die Geschenkewünsche seines Sohnes hingegen richten sich auf eine Produktion, z. B. ein Smartphone, aus Fernost, die Daten gehen in die USA. Hierbei ist die Wertschöpfung für Baden-Württemberg, also für baden-württembergische Arbeitsplätze, Steuern und Renten gleich Null. ■

EU-Lebensmittelverordnung: Ausnahmen für Kleingewerbe

Seit dem 13. Dezember 2014 regelt die EU-Lebensmittelinformationsverordnung (LMIV) die Kennzeichnung von Lebensmitteln. Zum Teil gelten Übergangsfristen bis Ende 2016.

Spätestens zum 13. Dezember 2016 müssen die Nährwertangaben der neuen Richtlinien in Deutschland umgesetzt werden. Was für die Verbraucher als Hilfestellung gedacht ist, bedeutet aber eine große Belastung für Kleingewerbetreibende, vor allem diejenigen mit einem Online-Shop.

Es ist dann nicht mehr ausreichend, die Zutaten und Allergene aufzulisten, sondern im Besonderen - möglichst noch laboruntersucht - auf jeden Fall aber die Nährwerte pro 100 g oder 100 ml anzugeben. Was für einen Großbetrieb kaum ein Problem darstellt, ist für einen kleinen Familienbetrieb mit Online-Shop ein unlösbares Problem.

Auf Nachfrage des BDS-Vizepräsidenten Wolfgang Stern, welche Möglichkeiten es für Kleinbetriebe gibt bzw. auf seine Bitte hin, sich für Ausnahmeregelungen im EU-Parlament einzusetzen, informierte der



BDS-Vizepräsident Wolfgang Stern

EU-Parlamentarier der CDU/CSU-Fraktion, Daniel Caspary, den BDS zusammengefasst folgendermaßen:

Er verstehe die Sorge, aber auch der Verbraucherschutz sei ein wichtiges Thema. Auf Druck der CDU/CSU-Abgeordneten seien im EU-Parlament jedoch weitreichende Ausnahmen für KMU und Kleingewerbetreibende in die Verordnung aufgenommen worden: „So gelten beispielsweise umfangreiche Ausnahmen für nicht vorverpackte Frischprodukte, die von den Pflichtangaben ausgenommen sind. Davon

Das Lebensmittelhandwerk und Kleinstbetriebe, die verpackte Lebensmittel in kleinen Mengen herstellen, sind von der Nährwertdeklaration befreit

profitieren beispielsweise Bäckereien und Fleischtheken. Allergeninformationen müssen dem Kunden allerdings dennoch entweder mündlich oder schriftlich vermittelt werden.“ (Artikel 44, Verordnung 1169/2011) „Weiterhin sind das Lebensmittelhandwerk und Kleinstbetriebe, die verpackte Lebensmittel in kleinen Mengen herstellen, von der Nährwertdeklaration befreit.“ (Anhang V, Verordnung 1169/2011) Dies betreffe z.B. lokale Konditoreien, den Handel an Marktständen oder den "ab Hof Verkauf". In der Auslegung der Bundesländer sei eine Klausel formuliert, die Kleinstunternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten und bis zu 2 Millionen Euro Jahresumsatz von der verpflichtenden Nährwertdeklaration ausnehme. „Dies gilt jedoch nicht für den Online-Verkauf und Drittprodukte, die von Kleinstunternehmern weiterverkauft werden. „Auch wenn im konkreten Fall eine durchaus schwierige Abwägung zwischen verschiedenen Interessenlagen vorzunehmen war, halte ich den in der Verordnung gefundenen Kompromiss für durchaus vernünftig.“

Termine der BDS-Akademie:

Montag, 18. Juli 2016, 18.30 Uhr

Auftaktseminar „Effektive und effiziente Führung von Ortsvereinen plus Chef-Seminar“ für die Region Nordwürttemberg in der MOTORWORLD, Böblingen. Die Führung durch die MOTORWORLD mit anschließendem Imbiss beginnt um 17.00 Uhr.

Samstag, 23. Juli 2016, 09.30 Uhr

Auftaktseminar „Effektive und effiziente Führung von Ortsvereinen plus Chef-Seminar“ für die Region Südwürttemberg in der Knopf & Knopf Erlebniswelt, Warthausen. Eine Führung durch das Knopf & Knopf Museum findet im Anschluss an das Seminar statt.

Samstag, 17. September 2016, 17.30 Uhr

Exklusiv-Seminar Verhandlungsführung: »Geheimwaffen der Kommunikation mit Ex-Geheimagent Leo Martin: Menschen für sich gewinnen – Einfluss auf andere erhöhen«. Der Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben.

Für alle Seminare können Sie sich unter www.bds-akademie.org anmelden. Hier finden Sie auch alle weiteren Informationen zu Inhalten und den Seminarpreisen usw.



Wenn Sie eine Barkasse, eine elektronische Registrierkasse haben...

...dann besteht Handlungsbedarf. Ab dem 01.01.2017 gelten neue Regeln für die elektronischen Registrierkassen. Die Übergangsfrist läuft am 31.12.2016 ab. Zwischenzeitlich pfeifen es schon die Spatzen von den Dächern: Ab 01.01.2017 müssen die elektronischen Registrierkassen revisions-sicher und digital auswertbar ausgerüstet sein. Einzelaufzeichnung auf Bon-Ebene nach den Grundsätzen zum Datenzugriff und zur Prüfbarkeit digitaler Unterlagen, kurz GDPdU genannt, wird Pflicht – nun auch ab 01.01.2017 für die elektronischen Registrierkassen. Und die digitalen Nachweise müssen 10 Jahre vorgehalten werden.

Bargeschäfte ohne elektronische Registrierkasse, mit so genannten „offenen Ladenkassen“ oder „Handkassen“, wie zum Beispiel auf einem Wochenmarkt für Waren mit geringem Wert an eine unbestimmte Vielzahl an Kunden, dürfen auch nach dem 01.01.2017 weiter getätigt werden. Aber auch da gilt jetzt schon die Aufzeichnungspflicht, das bedeutet, täglich einen dokumentierten Kassenbericht zu erstellen nach den gesetzlichen Regeln.

Für PC-Kassen besteht die Aufzeichnungspflicht nach GDPdU schon seit dem 01.01.2002. Jetzt kommen auch die elektronischen Registrierkassen dran. Es ist zumutbar, diese elektronischen Kassen technisch aufzurüsten oder auch zu ersetzen. Zum Beispiel mit einer PC-Kasse.

Wir verweisen insbesondere auf das BMF-Schreiben vom 26. November 2010: Bei Außenprüfungen, ggfls. auch unangemeldeten, werden verstärkt prüfungsrelevante Da-

tenbestände in Augenschein genommen werden. Die Prüferinnen und Prüfer sind geschult, die Programmierung der Kassen festzustellen und auszuwerten.

Insbesondere bedeutet das, dass die zur Kasse gehörenden Unterlagen wie Bedienungsanleitung, Programmieranleitung, Protokolle über Einrichtung (Einarbeitung und Test



ebenso) und Programmierung komplett aufbewahrt werden müssen – Rechnungen selbstverständlich auch.

Die Unternehmer müssen die Kassendaten (und Unterlagen) 10 Jahre nachweisen können. Wenn der eingebaute Speicher nicht ausreichend ist, dann müssen geeignete Speichermedien vorhanden sein, um Sicherungen zu erstellen und in geeigneter Form aufzubewahren, um die Anforderungen zu erfüllen.

Werden Sie rechtzeitig aktiv und riskieren Sie nicht die Folgen einer nicht ordnungsgemäßen Kassenführung. Das hat den Verlust der Ordnungsmäßigkeit der gesamten Buchführung zur Folge (zumindest dann, wenn es sich um nicht untergeordnete Umsätze des Unternehmens handelt).

Sollten Sie es nicht schaffen, Ihre Kasse passend auszurüsten oder grundsätzliche Änderungen in der Kasse gesetzeskonform zum 01.01.2017 herbeizuführen, dann können Sie am 31.12.2016 Ihre elektronische Registrierkasse ausschalten und die Bargeschäfte mit einer „offenen Ladenkasse“ führen. Aber im Gegensatz zu einer GDPdU-konformen elektronischen Kasse wird es nicht leichter. Diese Art der Kassenführung ist mit höherem Aufwand verbunden. Sie müssen jeden einzelnen Vorgang eindeutig identifizierbar mit ausreichender Beschreibung des Geschäftsvorfalles aufzeichnen. Die Verpflichtung zur Einzelaufzeichnung ergibt sich schon aus dem Umsatzsteuergesetz unabhängig von der Gewinnermittlungsart. Wenn Sie für die Aufzeichnung am Markt erhältliche Programme verwenden, dann werden die nur anerkannt, wenn eine nachträgliche Änderung unmöglich ist. Excel, zum Beispiel, zählt hier eindeutig nicht dazu. Die Kassen müssen täglich gezählt und das Wechselgeld dokumentiert werden.

Die Zeit läuft. Machen Sie sich fit. Befragen Sie Ihren Steuerberater und werden Sie aktiv. Die Folgen, wenn Differenzen festgestellt werden, können zur Umsatz- und Gewinnschätzung führen und auch ein Strafverfahren nach sich ziehen.

Im Detail finden Sie das BMF-Schreiben vom 26.11.2010 zum Nachlesen hier:



bgr

Unternehmer müssen die Kassendaten (und Unterlagen) 10 Jahre nachweisen können

IMPRESSUM

Der Selbständige

Regionalteil Baden-Württemberg
Präsident: RA Günther Hieber
Hauptgeschäftsführer: RA Joachim W. Dörr
Redaktion: Nadine Münch, Diplom Politik- & Kommunikationswissenschaftlerin
Layout: Joachim Schäfer

Fotos und Grafiken: BDS Baden-Württemberg
BDS Baden-Württemberg e.V., Taubenheimstraße 24, 70372 Stuttgart Bad Cannstatt
Telefon 0711/95 46 68-0
Fax 0711/95 46 68-33
www.bds-bw.de
E-Mail: presse@bds-bw.de

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung liegen bei K6 Medien/Alves, Dortmund, und dürfen nur mit ausdrücklicher,

schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.



Bei schönem Wetter macht die BDS-Bikertour so richtig Laune

Fotos: Privat

Dreizehn-fünfzehn-zweihundertzehn

Erste **Motorradtour** der BDS-Geschäftsstelle Nordbaden

Bei herrlichem Sommerwetter trafen sich am Sonntag den 22. Mai 2016 fünfzehn BDS-Mitglieder, Damen und Herren, überwiegend aus dem Rhein-Neckar-Kreis, mit dreizehn hubraumstarken Motorrädern pünktlich im 10.00 Uhr morgens in Heidelberg-Ziegelhausen, um die erste ganztägige Ausflugsfahrt in den Odenwald zu starten. Michelstadt an der Grenze zu Südhessen war das erste Etappenziel. Ein kleines Motorradmuseum voll mit Exponaten aus der Zeit, als die meisten der Gäste noch als staunende Jungs oder Mädels vor den damaligen Motorrädern standen, wurde ausgiebig besichtigt. Jeder hatte zu den Exponaten eine Geschichte zu erzählen. Weiter ging es dann über Amorbach im bayerischen Odenwald nach Mudau im Neckar-Odenwaldkreis. Das schöne Wetter brachte natürlich auch andere Aus-

flügler auf die Straße, allerdings fanden die beiden Tourengestalter Peter Gassert und Harald Kunkel dann doch Wege und Straßen abseits des großen Verkehrs. So konnten die mit schwerem Gerät ausgestatteten Bikerinnen und Biker ab und zu auch Blicke in die wunderschönen Landschaften wagen und Gerüche von Waldmeister und Kräuterwiesen im Vorbeifahren aufnehmen. Von Mudau ging es dann Richtung Süden ins Heilbronner Land. Spätestens auf dieser Etappe übertönte langsam das Knurren der hungrigen Mägen den satten Sound der Harleys, also peilte man zügig - wieder auf herrlichen Straßen - das nächste Etappenziel in Gundelsheim an. Dort war eine lange Tafel für alle reserviert. Bei leckerem Essen und bester Besen-Stimmung gab es genügend Zeit für ausgiebige Benzingespräche. Die schwarzen Gewitterwolken am

Himmel blieben dabei lange unbeobachtet. Als der Himmel sich immer mehr verdunkelte, leitete man dann doch den schnellen Aufbruch ein, nicht ohne vorher ein Gruppenbild zu fotografieren. Und klar, die Dusche von oben blieb dann auch nicht aus, erfahrene Motorradfahrer kennen das. Trotz der Wetterkapriolen zum Schluss der Ausfahrt war es eine sehr disziplinierte und vor allem sichere Reise mit einer Gruppe, die sich schnell verstand. Es gab zum Glück keine einzige brenzlige Situation, die selbst fahrenden Damen haben den Männern gezeigt, dass sie genauso unerschrocken unterwegs sein können. Also kam zum Schluss der Schwur, dass dies nicht die letzte Ausfahrt gewesen sein soll. Ach ja: 210 km betrug die reine Streckenlänge, ohne die An- und Abfahrtskilometer zum Startpunkt und nach Hause. **HKK ■**



So eine Biker-Tour macht hungrig...



Spannende Besichtigung des Motorradmuseums

Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Rentenpflicht für Selbständige

BDS gegen Zwangsheirat mit der gesetzlichen Rente

Der Bund der Arbeitgeber (BDA) fordert in seinem veröffentlichten Grundsatzpapier unter anderem eine Altersvorsorgepflicht für Selbständige. Günther Hieber, Präsident des BDS-Bundes- und Landesverbandes, verdeutlicht die BDS-Position zur aktuellen Debatte um die Altersvorsorgeproblematik in der Mitteilung an die Presse folgendermaßen: „Grundsätzlich spricht aus Sicht des BDS nichts gegen eine Altersvorsorgepflicht für Selbständige. Um einer drohenden Altersarmut vorzubeugen, macht eine Vorsorgepflicht durchaus Sinn. Aber wir sind gegen eine Zwangsverheiratung mit der gesetzlichen Rentenversicherung.“

Der BDS Landesverband Baden-Württemberg fordert im Falle einer Vorsorgepflicht, dass die

Selbständigen die Wahl haben zwischen freiwilligem Eintritt in die gesetzliche Rente oder dem Abschluss einer privaten Rentenvorsorgemöglichkeit. Auch die Höhe der Rentenbeiträge muss jeder selbst bestimmen dürfen. „Es kann nicht sein, dass das demografische Rentenproblem und das Fehlen effektiver Rentenreformen auf dem Rücken des bereits sehr stark belasteten deutschen Mittelstandes ausgetra-

gen werden“, betonte Hieber und schlussfolgerte: „Daher müssen die Selbständigen und ihre Verbände mit an den Verhandlungstisch. Es darf nicht über ihre Köpfe hinweg nur mit den großen Sozialpartnern verhandelt werden!“

Die Gefahr der Altersarmut besteht vor allem bei Selbständigen mit unterdurchschnittlichem Einkommen. Um diesen überhaupt die finanzielle Möglichkeit zur Vorsorge zu geben, müssten die hohen Mindestbeiträge in der Kranken- und Pflegeversicherung auf Angestelltenniveau abgesenkt werden. „Darüber hinaus sind wir für eine Abmilderung der Besteuerung der Altersbezüge durch höhere Altersfreibeträge“, so Hieber. Diese müssten von einem stetig wachsenden Steuerzugriff, wie auch bei späteren Krankenversicherungsbeiträgen auf die Altersbezüge, entlastet werden. „Das wäre ein sinnvoller Schritt zur Vermeidung von Altersarmut durch den Staat“, bekräftigte der BDS-Präsident abschließend. ■

Günther Hieber

ist sowohl Präsident des BDS Baden-Württemberg als auch Präsident des Bundesverbandes der Selbständigen



Personalien

Ehrennadel in Silber für Hans Schwenkedel

Die BDS-Ehrennadel in Silber erhielt Hans Schwenkedel am 08. Juni 2016 im Rahmen der Mitgliederversammlung des BDS Filderstadt-Sielmingen. An diesem Abend fand auch seine Verabschiedung als Vorstand des Gewerbevereins statt, den er seit 17 Jahren führte und in dem er seit 23 Jahren Mitglied ist. Norbert E. Raif, Vizepräsident des Landesverbandes, und Joachim W. Doerr, BDS-Hauptgeschäftsführer, überreichten die Ehrung höchst persönlich. Um nur einige seiner Ver-

dienste für den BDS zu nennen: Er sorgte für Mitgliederzuwachs, hat sich um die Nachwuchsförderung gekümmert, erfolgreich für den Erhalt des Gymnasiums gekämpft, vier gelungene Leistungsschauen organisiert und er war kommunalpolitisch sehr aktiv und einflussreich. Wir danken Hans Schwenkedel für sein Engagement für den BDS noch einmal sehr herzlich und wünschen ihm auch weiterhin eine erfüllende BDS-Mitgliedschaft und erfolgreiche unternehmerische Zukunft! ■



Ehrung von Hans Schwenkedel

Aktuelle Termine der BDS-Orts- und Kreisverbände

06.07.2016	BDS Besigheim: 17. Unternehmerfrühstück
08.07.2016	Leimen Aktiv: Festakt 50 Jahre BDS in Leimen
09./10.07.2016	BDS Bonlanden: Verkaufsoffener Sonntag
12.07.2016	RGV Rheinau: Schule und Beruf an der Konrad-Duden-Realschule
14.07.2016	BDS Mannheim-Mitte: Mittagstisch des BDS Mannheim-Mitte e.V.
15.-18.07.2016	Ortsverband Schrozberg: Gewerbeausstellung am Jacobi-Sommerfest
16./17.07.2016	BDS Sachsenheim: Sommer am Schloss
17.07.2016	BDS Michelfeld: BDS-Sommer-Famillienfest, Witzmannsweiler
20.07.2016	BDS-Mannheim-Mitte: Jahres-Mitgliederversammlung, Augusta-Hotel
22.07.2016	GHV Hüttlingen: Langer Einkaufsabend bis 22 Uhr
23.07.2016	Leimen Aktiv: 50 Jahre BDS in Leimen: Wir ROCKEN die Stadt, Georgiplatz
26.-31.07.2016	Ortsverband Schrozberg: Open-Air-Kinofestival, Sportgelände
29.07.2016	BDS HGV Wolfschlugen: 10. BDS Gewerbegebietslauf, Jubiläumslauf
30.07.2016	RGV Rheinau: Kartoffelfest – Mitglieder und Gäste, ASV Rheinau
05.08.2016	BDS Iller/Weihung: BDS-Sommernachtsfest, Hüttisheim
15.08.2016	BDS Schwäbisch Hall: BDS-Unternehmerstammtisch mit Nachtwächterführung durch Schwäbisch Hall
24.08.2016	KV Esslingen: Besuch der Eßlinger Zeitung
24.08.2016	KV Esslingen: Feierabendtreff, Sportheim Sirnau
25./26.08.2016	BDS Gerlingen: Afterworkparty, Rathausplatz
07.09.2016	BDS Besigheim: 18. Unternehmerfrühstück
07.09.2016	BDS Kirchberg/Murr: Kinderferienprogramm bei Fa. Gläser
11.09.2016	GV Illingen: Tagesausflug Wanderung um Schorndorf
11.09.2016	GHV Stuttgart-Feuerbach: Verkaufsoffener Kirbe-Sonntag

Weitere Termine immer aktuell unter www.bds-bw.de/termine

Älter werden. Unabhängig bleiben.



**Initiative für
Gesundheit & Pflege.**
Jetzt aktiv werden und absichern!

Unser Pflegetagegeld: Schützt Sie und Ihre Familie vor den finanziellen Folgen im Pflegefall.

Unsere Highlights:

- 100 % Leistung bei stationärer Pflege ab Pflegestufe I
- Beitragsbefreiung bei Pflegebedürftigkeit
- Leistung schon ab Pflegestufe 0 (Demenz)

Bestens vorgesorgt mit unserem Tarif PremiumPlus.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage www.wuerttembergische.de

Code scannen
und weitere
Informationen
erhalten.



Ihr Ansprechpartner: Herr Christopher Schoenen

Württembergische Versicherung AG
Gebietsdirektion Aachen
Adenauerstr. 20 / A3 · 52146 Würselen
Telefon 02405 42597-0 · Mobil 0160 4057553



württembergische

Der Fels in der Brandung.